



Über die Erfahrungen
eines deutschen
Kommunisten und eines
russischen Offiziers
in Stalins Gulag

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 25. April 2013 68. Jahrgang/Nr. 96 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

Steuer-oase Bayern

Von Gabriele Oertel

Alles Abtauchen der letzten Tage hat ihm nichts genützt. Bayerns Ministerpräsident Seehofer ist vom Hoeneß-Skandal längst eingeholt. Da kann er noch so vehement den Vorwurf der Kungelei von sich weisen – die Nähe des FC Bayern-Präsidenten zur CSU, auf die Münchner Staatskanzlei wie Parteizentrale jahrelang stolz waren, kann den Parteigranden fünf Monate vor der Landtagswahl tüchtig auf die Füße fallen. Das übrigens nicht nur, weil der Fußballmanager und Würstchenfabrikant mit dem Hang zu großen Worten und noch größeren Konten sich in der öffentlichen Bewertung seiner bislang heimlich gepflegten Asozialität tüchtig verspekuliert hat. Auch, weil sich immer stärker die Frage aufdrängt, seit wann und wie umfassend Seehofer davon weiß – und warum er untätig blieb.

Und es kann dem Landesvater freilich auch nicht gefallen, dass im Zuge der Affäre zwangsläufig die einzigartige Nähe von Politik und Wirtschaft wie auch der spezielle bayerische Umgang mit Steuern in den Fokus gerät. Das weiß-blaue Paradies – das andere gar so gern über den richtigen Umgang mit Geld belehrt und gerade gegen den Länderfinanzausgleich klagt – scheint nämlich eine wahre Steuer-oase zu sein. Wenn stimmt, dass in bayerischen Steuererwartungen seit Jahren der Rotstift regiert und Betriebe oft Jahrzehnte nicht geprüft werden, weshalb der Rechnungshof von Steuerausfällen im dreistelligen Millionenbereich spricht, hätte Hoeneß sich eigentlich den Umweg über die Schweiz sparen können.

Unten links

Das, **Klaus Wowereit**, ist in der Tat eine clevere Idee: die eigene Amtszeit mit der Fertigungsdauer eines nie enden wollenden Großprojekts zu verbinden. »Der Flughafen wird eröffnet werden, und ich werde dabei sein – als Regierender Bürgermeister«, kündigen Sie im Fachblatt für politische Überlebenskünstler »Cicero« an. Nach dem Stand der Schönefelder Dinge dürfte das auf eine lebenslange Amtszeit hinauslaufen. Die Idee wird sicher Schule machen. Angela Merkel könnte ankündigen, erst als Kanzlerin abzutreten, wenn die Bundeswehr komplett aus Afghanistan abgezogen ist – also nie. Auch Ihr Genosse Sigmar Gabriel tritt vielleicht bald in Ihre Fußstapfen: mit dem Hinweis, als Vorsitzender bis zur Rückverwandlung der SPD in eine sozialdemokratische Partei zu antreten. Was bei der aktuellen Geschwindigkeit der Wiederbesinnung so lange dauern dürfte wie die Partei alt ist: also 150 Jahre. Da könnten Sie, lieber Klaus Wowereit, Ihrem Parteifreund doch schon einmal einen neuen Spitznamen verpassen: »Siggi Endlos«. *tos*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Textilfabrik begräbt Arbeiter

Warnungen übergangen: Viele Tote bei Einsturz eines Gebäudes in Bangladesch



Berlin (nd). Bei einer Katastrophe in einer Bekleidungsfabrik in Bangladesch sind am Mittwoch vermutlich über 100 Arbeiterinnen und Arbeiter ums Leben gekommen. Ein neunstöckiges Gebäude, in dem mehrere Textilunternehmen produzierten, war in Savar, rund 30 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Dhaka, eingestürzt. Medienberichte sprachen bis zum Nachmittag von über 80 Toten und über 1000 Verletzten. Aus dem Schuttberg seien Schreie und Gebete der Hunderten noch Eingeschlossenen zu hören gewesen. Wie viele Menschen sich zum Zeitpunkt des Einsturzes in dem Ge-

bäude befanden, war unklar. Die Rettungsarbeiten dauerten an. Bereits am Dienstag waren Risse in den Wänden entdeckt worden. Um kurz vor neun Uhr Ortszeit am Mittwochmorgen stürzte das Haus ein. Überlebende sagten Medien gegenüber, die Fabrikeigentümer hätten sie zurück an die Arbeit gezwungen, als sie das Gebäude verlassen wollten.

Darin waren eine Ladenzeile im Erdgeschoss sowie mehrere Bekleidungsfabriken in den Etagen darüber untergebracht. Nach Angaben auf der Website einer der Fabriken, Ether Tex Limited, produzierte diese für die

deutschen Firmen Karstadt-Quelle, Gueldenpfenning, KiK sowie C&A. Die zwei letztgenannten erklärten, die Geschäftsbeziehungen zu Ether Tex hätten 2008 bzw. 2011 geendet.

Das Gebäude sei nicht nach geltenden Vorschriften gebaut worden, sagte Innenminister Muhiuddin Khan Alamgir. Die Verantwortlichen würden zur Rechenschaft gezogen. Beim Einsturz der Bekleidungsfabrik Spectrum Sweaters in Savar, die unter anderem für Karstadt-Quelle produziert hatte, waren 2005 in den Trümmern 64 Menschen gestorben. *Seite 7*
Foto: AFP/Munir uz Zaman

Friedrichs Sicherheitspolitik abgesegnet

Karlsruhe bestätigt im Prinzip
die Antiterrordatei

Karlsruhe (dpa/nd). Das Bundesverfassungsgericht hat die umstrittene Antiterrordatei grundsätzlich gebilligt, einzelne Vorschriften jedoch für verfassungswidrig erklärt. Die höchsten deutschen Richter gaben dem Gesetzgeber bis Ende 2014 Zeit für die Änderungen. Unter anderem entschied das Gericht in seinem Urteil vom Mittwoch, dass die Sicherheitsbehörden neben Terrorverdächtigen nicht unbegrenzt die Daten von Menschen speichern dürfen, die lediglich Kontakte zu ihnen haben. Auch verlangte es eine bessere öffentliche Kontrolle der 2007 von Bund und Ländern eingerichteten Datei. Personen mit Kontakt zu Verdächtigen, etwa Freunde oder Familienmitglieder, dürfen nur noch erfasst werden, wenn sie über konkrete Terroraktivitäten Bescheid wissen. Auch scheiden solche Menschen aus, die eine in ihren Augen unverdächtige Organisation unterstützen.

Politiker aus der Regierungskoalition lobten das Urteil aus Karlsruhe. »Ich glaube, dass wir insgesamt sehr froh sei können, dass die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes bestätigt worden ist«, kommentierte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Die von Karlsruhe geforderten Nachbesserungen würden sorgfältig geprüft und umgesetzt. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) bezeichnete das Urteil als wegweisend für eine größere Transparenz im Antiterrorkampf. Allein die Zahl der in der Datei erfassten Menschen zeige, wie notwendig rechtsstaatliche Korrekturen seien.

Die LINKE-Innenexpertin Ulla Jelpke hielt dem Gericht vor, das Problem des verfassungsrechtlichen Trennungsgebots zwischen Diensten und Polizei nicht an der Wurzel zu packen. Peter Schaar, Bundesdatenschutzbeauftragter, zeigte sich erfreut, dass unbescholtene Bürger als vermeintliche Kontaktpersonen von vermutlichen Terroristen nicht heimlich in den Fokus der Sicherheitsbehörden geraten dürften. *Seite 5*

KURZ

Italien: Letta soll's richten

Rom (dpa). Italien soll rasch aus der Regierungskrise kommen: Staatspräsident Giorgio Napolitano hat am Mittwoch den linksliberalen Politiker Enrico Letta (46) beauftragt, als designierter Ministerpräsident eine neue Regierung zu bilden. *Seiten 4 und 7*

Hitler kein Ehrenbürger mehr

Nortorf (dpa). Die schleswig-holsteinische Kleinstadt Nortorf hat Adolf Hitler die Ehrenbürgerwürde entzogen. Auf Antrag aller Fraktionen beschloss die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Aberkennung.

Ausnahmezustand für Strom

Caracas (dpa). Venezuela hat für das nationale Stromsystem einen 90-tägigen Ausnahmezustand erklärt. Mit einem entsprechenden Dekret reagierte die Regierung auf Stromausfälle und Rationierungen in mehreren Landesteilen. Durch die Maßnahme werden unter anderem Stromwerke zu Sicherheitszonen mit verstärkten Kontrollen erklärt, um mögliche Sabotageakte zu unterbinden.

21 Tote in Xinjiang

Peking (AFP). Bei Zusammenstößen zwischen Uiguren und Polizei sind in der nordwestchinesischen Region Xinjiang 21 Menschen getötet worden. Laut Regierungsangaben wollten Behördenvertreter bei einer Hausdurchsuchung gegen »Terroristen« vorgehen. Exilfiguren berichteten dagegen, die Kämpfe seien ausgebrochen, nachdem ein Mann in der Region Bachu erschossen worden war.

SPD: Schäuble schont Hoeneß

Der Streit um den Umgang mit Steuerbetrügnern erreicht den Bundestag

Von Aert van Riel

Die Opposition hat der Regierung im Bundestag vorgeworfen, sie habe durch das geplante Abkommen mit der Schweiz Steuerhinterzieher schützen wollen. Schwarz-gelbe Politiker sprachen von »Polemik im Wahlkampf«.

Die Oppositionsparteien wollen die Affäre um den FC-Bayern-Präsidenten Ulrich Hoeneß, der offenbar Steuern in Millionenhöhe hinterzogen hat, zum Anlass nehmen, um Steuergerechtigkeit zu einem Wahlkampfthema zu machen. »Das Steuerabkommen mit der Schweiz war gedacht, um Leute wie Uli Hoeneß zu schonen«, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Thomas Oppermann, gestern bei einer von den Grünen beantragten Aktuelle Stunde im Bundestag. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wolle offenbar,

dass Steuerbetrüger »weiter als ehrenwerte Männer in dieser Gesellschaft leben können«.

SPD, Grüne und LINKE hatten das Abkommen mit der Schweiz im Bundesrat blockiert. Endgültig scheiterte es im Vermittlungsausschuss zwischen Länderkammer und Bundestag Anfang dieses Jahres. Schwarz-Gelb wollte festlegen, dass die Kapitalerträge deutscher Anleger künftig in der Schweiz in der gleichen Höhe wie in Deutschland zu besteuern sind: Mit einer Abgeltungssteuer von 25

Prozent, plus Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent. Die Schweizer Banken hätten das Steueraufkommen weiterleiten sollen, aber nicht die Namen der Steuerflüchtigen, um deren Anonymität zu wahren.

Um stärker gegen Steuerhinterziehung vorgehen zu können, sprach sich Oppermann dafür aus, die Steuerhinterziehung zu internationalisieren. Auch die LINKE-Politikerin Barbara Höll sagte, dass »Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist, sondern eine Straftat, die verfolgt werden muss«.

Ein beklagenswerter Einzelfall, der viele Menschen enttäuscht hat.

Finanzminister
Wolfgang Schäuble
über die Hoeneß-Affäre

Wolfgang Schäuble meinte hingegen, das Abkommen wäre wirksamer gewesen, als durch den Ankauf von sogenannten Steuerhinterziehern unter Druck zu setzen. »Das deutsch-schweizerische Steuerabkommen hätte in 90 Prozent der Fälle eine höhere Besteuerung ergeben als die Regelbesteuerung bei strafbefrei-

ender Selbstanzeige«, sagte der CDU-Mann. Die von der Opposition kritisierte Selbstanzeige bei Steuerbetrug verteidigte er. Die Affäre um Hoeneß, der sich selbst angezeigt hatte, nannte Schäuble einen »beklagenswerten Einzelfall«. Laut einem Bericht der Wochenzeitung »Die Zeit« haben sich seit dem Jahr 2010 in Deutschland 47 294 Steuerbetrüger selbst angezeigt. Sie hätten 2,05 Milliarden Euro ans Finanzamt nachgezahlt.

Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin wies darauf hin, dass »auch Deutschland sich seine Steuer-oase gönnt – bei Vermögen und Erbschaften«. Die Grünen verlangen in ihrem Wahlprogramm die Einführung einer Vermögensabgabe, um Bundesschulden abzubauen. Auch in den Programmen von SPD und LINKE finden sich Forderungen nach Steuererhöhungen für Vermögende.